

nef vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
ontag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
amstag 10 bis 17 Uhr,
onn- und feiertag 12 bis 17 Uhr,
orige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

ressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort: Wien
setzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. Auf Recyclingpapier gedruckt!

Donnerstag, 3. September 1987

Blatt 1829

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

Marchfeldkanal: Bauarbeiten in Wien (1830/FS: 2.9.)

4,1 Milliarden für Wiener Pflichtschulen (1831)

Abänderung des Bebauungsplanes im 19. Bezirk (1832)

Wiener Landtag beschloß Änderungen der Gemeindevahlordnung und der Geschäftsordnung
(1833)

Angelobung von Landeslehrern (1834)

Herrengasse: Beginn der Entsorgung (1835)

Kaiserebersdorfer Kirtag vom 4. bis 6. September (1836)

Wiener Landtag (1837/1838)

Wiener Gemeinderat (1839-1845)

Marchfeldkanal: Bauarbeiten in Wien

Wien, 2.9. (RK-KOMMUNAL) Die Bauarbeiten für das Zwei-Milliarden-Projekt „Marchfeldkanal“ sind auch in Wien voll angelaufen. An der Prager Straße beim Eisenbahnerberg und an der Brünner Straße südlich des Heeresspitals müssen Straßenbahn und Autoverkehr für etwa eineinhalb Jahre umgeleitet werden, um Brücken über den Kanal errichten zu können. Weitere Brücken werden in der Strebersdorfer und der Stammersdorfer Straße gebaut.

Zunächst als reines Bewässerungsprojekt für das langsam austrocknende Marchfeld gedacht, wird der rund 19 Kilometer lange Marchfeldkanal zwischen Langenzersdorf und Deutsch Wagram auf Betreiben der Stadt Wien jetzt naturnah ausgestaltet. Auf Wiener Gebiet, immerhin 7,5 Kilometer, wird so in wenigen Jahren ein weiteres attraktives Naherholungsgebiet in Gestalt einer 40 bis 70 Meter breiten Flußlandschaft entstehen. Der Kanal selbst wird zwischen 15 und 20 Meter breit. Das Gerinne erreicht Wiener Gebiet bei Strebersdorf und fließt dann entlang der Autobahn A 22 bis zur Schwarzlackenau. Hier wird ein sechs Hektar großer „Schönungsteich“ entstehen, der Schwebstoffe und die Phosphate des Donauwassers ausfiltern soll. Anschließend wird der Kanal als abwechslungsreiche Flußlandschaft mit hohem Erholungswert durch die Randgebiete des 21. Bezirks geführt. Bei Stammersdorf verläßt der Kanal wieder Wien. Die Begleitwege entlang des Gerinnes sollen in das Radwegenetz Wiens eingebunden werden, und damit eine Verbindung zwischen der Donauinsel, dem Bisamberg und dem Marchfeld herstellen.

Das aus Mitteln des Bundes und des Landes Niederösterreich finanzierte Projekt, zwei Milliarden Schilling sind für den Bau des Marchfeldkanals und der Adaptierung des Rußbachs veranschlagt, soll bis 1991 fertiggestellt werden. (Schluß) end/bs

Bereits am 2. September 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

4,1 Milliarden für Wiener Pflichtschulen

Wien, 3.9. (RK-KOMMUNAL) Rund 4,1 Milliarden Schilling wendet die Stadt Wien im Jahr 1987 für den Betrieb und die Erhaltung der Wiener Pflichtschulen auf. 3,6 Milliarden davon entfallen auf Volks-, Haupt- und Sonderschulen sowie Polytechnische Lehrgänge. Ebenfalls inkludiert sind die Aktivbezüge des Lehrpersonals dieser Schulen. Rund 532 Millionen kosten die Wiener Berufsschulen, die im kommenden Unterrichtsjahr von 28.000 Schülerinnen und Schülern besucht werden.

Zur Anpassung des Unterrichtes an die heutigen Erfordernisse werden in den Berufsschulgebäuden umfangreiche Modernisierungsarbeiten durchgeführt. Die Schwerpunkte sind die Sanierung des 2. Zentralberufsschulgebäudes, 15, Hütteldorfer Straße, mit Gesamtkosten von 333,7 Millionen Schilling, und des 1. Zentralberufsschulgebäudes in der Mollardgasse um insgesamt rund 250 Millionen Schilling. Ein fünftes Zentralberufsschulgebäude für Kfz-Mechaniker, Karosseure und Spengler wird derzeit in Wien 21, Scheydgasse, errichtet.

Schulbeginn: 500.000 Blei- und Buntstifte

Die Wiener Pflichtschulen sind für das Schuljahr 1987/88 gerüstet. Schreib- und Zeichenrequisiten, Textilien für den Handarbeitsunterricht und Material für das technische Werken sowie Lesestoff um insgesamt 36,5 Millionen Schilling wurden in den Ferienmonaten an die Wiener Pflichtschulen ausgeliefert. 3,5 Millionen Hefte, davon 800.000 aus Recyclingpapier, 5 Millionen Schreib- und Zeichenblätter sowie 500.000 Blei- und Buntstifte warten nun darauf, im Unterricht verwendet zu werden. Für den Handarbeitsunterricht liegen 250.000 Strähnen Strick- und Häkelgarn, 20.000 Strick- und Häkelnadeln und rund 80.000 Meter Stoff bereit. (Schluß) jel/bs

Abänderung des Bebauungsplans Im 19. Bezirk

Wien, 3.9. (RK-KOMMUNAL) Für ein Areal im Bereich der Ettinghausenstraße/Aslangasse in Grinzing soll der Bebauungsplan abgeändert werden, sodaß die Bebauung des bisher gärtnerisch ausgestalteten Grundstücks ermöglicht wird. In Abstimmung mit der Ausnützbarkeit der umliegenden Bauplätze soll die Bebauungsmöglichkeit in der Bauklasse I mit einer Beschränkung der Gebäudehöhe auf 6,5 Meter vorgeschlagen werden. Zur Aufschließung der neuen Bauplätze soll die Festsetzung „Fußweg“ in der Aslangasse sowie die in diesem Bereich festgesetzte Ausfahrtensperre aufgelassen werden. Als Fußweg soll nur ein kleines Stück der Aslangasse an der Ettinghausenstraße aufrecht bleiben.

Der Entwurf liegt bis 24. September während der Amtsstunden (Montag bis Mittwoch und Freitag, 8 bis 15.30 Uhr, sowie Donnerstag, 8 bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. (Schluß) and/bs

Wiener Landtag beschloß Änderungen der Gemeindewahlordnung und der Geschäftsordnung

Wien, 3.9. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Landtag beschloß am Donnerstag über Antrag von Stadtrat Friederike SEIDL eine Abänderung der Gemeindewahlordnung der Stadt Wien, die aufgrund der am 22. Juni 1987 verabschiedeten Änderung der Wiener Stadtverfassung notwendig wurde.

Mit dieser neuen Bestimmung erhöht sich die Anzahl der in den einzelnen Bezirken zu wählenden Mitglieder der Bezirksvertretung auf mindestens 40 (vorher 30) und — je nach der Einwohnerzahl — höchstens 60 (vorher 50). Jene Bestimmungen, in denen noch von 30 bis 50 Mitgliedern der Bezirksvertretung bzw. von einer auf die Mindestanzahl 30 Bedacht nehmenden Wahlzahl die Rede ist, mußten deshalb geändert werden.

Anschließend eine Übersicht der jeweiligen Mitgliederanzahl der Bezirksvertretung aufgrund der neuen Gesetzeslage:

Bezirksvertretung	Bisherige Zahl der Mitglieder	Neue Zahl der Mitglieder
1. Bezirk Innere Stadt	30	40
2. Bezirk Leopoldstadt	44	58
3. Bezirk Landstraße	40	54
4. Bezirk Wieden	30	40
5. Bezirk Margareten	30	40
6. Bezirk Mariahilf	30	40
7. Bezirk Neubau	30	40
8. Bezirk Josefstadt	30	40
9. Bezirk Alsergrund	30	40
10. Bezirk Favoriten	50	60
11. Bezirk Simmering	34	46
12. Bezirk Meidling	38	50
13. Bezirk Hietzing	30	42
14. Bezirk Penzing	38	50
15. Bezirk Rudolfsheim-Fünfhaus	34	48
16. Bezirk Ottakring	40	54
17. Bezirk Hernals	30	40
18. Bezirk Währing	30	40
19. Bezirk Döbling	34	46
20. Bezirk Brigittenau	36	48
21. Bezirk Floridsdorf	50	60
22. Bezirk Donaustadt	48	58
23. Bezirk Liesing	36	48
	822	1082

Weiters wurde ein von Stadtrat Friederike Seidl eingebrachter Antrag zum Beschluß erhoben, der eine Änderung der Geschäftsordnung des Wiener Landtages herbeiführt. Diese beruht auf der am 12. Dezember 1986 beschlossenen Novellierung der Wiener Stadtverfassung, mit der den Mitgliedern der Volksanwaltschaft ein Teilnahme- und Rederecht in den Sitzungen des Landtages und seiner Ausschüsse eingeräumt worden ist. Wien ist das erste Bundesland mit einer solchen Gesetzesbestimmung. (Schluß) pz/gg

Angelobung von Landeslehrern

Wien, 3.9. (RK-KOMMUNAL) Am Donnerstag fand im Stadtsenats-sitzungssaal des Rathauses die feierliche Angelobung von 37 Landes-lehrern (34 Frauen und 3 Männer) durch Stadtrat Ingrid SMEJKAL in Ver-tretung von Landeshauptmann Dr. Helmut ZILK statt.

Wie der Präsident des Stadtschulrates für Wien, Abgeordneter zum Nationalrat, Prof. Hans MATZENAUER in seiner Festrede sagte, werden die Angelobten in einen Berufsstand aufgenommen, der in Österreich große Bedeutung hat. Die Lehrer haben heute partnerschaftliche Erzie-hungsarbeit zu leisten. Die Schule unserer Tage ist nicht Drill, sondern Förderung der Anlagen und Begabungen der Schüler.

Unter den Ehrengästen befanden sich der Vizepräsident des Stadtschul-rates für Wien, Landtagsabgeordneter Prof. Dr. Wolfgang PETRIK, Land-tagsabgeordneter Karl HENGELMÜLLER sowie leitende Beamte der Schulaufsicht. (Schluß) pz/bs

Herrengasse: Beginn der Entsorgung

Wien, 3.9. (RK-KOMMUNAL) Wie die MA 38 mitteilt, hat nun die Entsorgung des stark mit Quecksilber belasteten Erdreiches, das beim Bau der U3 im Bereich Herrengasse entdeckt wurde, begonnen. Nach der Installation von provisorischen Luftfiltern ist das Betreten des Tunnels mit Atemschutzgeräten für einen bestimmten Zeitraum vom Arbeitsinspektorat genehmigt.

Das vor dem Abbruch der Arbeiten abgebaute Erdreich, das noch auf der Tunnelsohle lagert und stark von Quecksilber durchsetzt ist, wird nun in Fässer „verpackt“ und zur Entsorgung in die EBS gebracht. Man rechnet mit rund 700 solcher Fässer, die jeweils 200 Liter fassen.

Nach der Entsorgung des stark kontaminierten Erdreiches und der Installation einer definitiven Belüftungsanlage kann unter Berücksichtigung aller Vorsichtsmaßnahmen — und damit in etwas verringertem Tempo — der Vortrieb wieder aufgenommen werden, was in voraussichtlich drei bis vier Wochen der Fall sein wird. Aufgrund der vorgenommenen Probebohrungen von der Oberfläche aus rechnet man noch auf etwa zehn Meter in Richtung des Vortriebes mit kontaminiertem Material. Dieses Aushubmaterial soll ebenfalls von den EBS zur weiteren Behandlung übernommen werden. (Schluß) roh/gg

Kaiserebersdorfer Kirtag vom 4. bis 6. September

Wien, 3.9. (RK-LOKAL) Vom 4. bis 6. September findet auf dem Platz hinter der Kaiserebersdorfer Kirche, 11, Münnichplatz, der Kaiserebersdorfer Kirtag statt, der ein vielfältiges Programm für Kinder und Erwachsene bietet.

Neben dem großen Vergnügungspark und dem Festzelt mit Tanz- und Stimmungsmusik gibt es Kasperlvorstellungen für die Kinder, Jiu-Jitsu-Vorstellungen, Fallschirmspringer-Demonstrationen und einen Flohmarkt. Der ARBÖ führt kostenlose Zündungs- und Vergäseereinstellungen durch, die steirische Urlaubsregion Gaal informiert über ihr Angebot. Der Kirtag wird am Freitag, dem 4. September, um 18 Uhr von Bezirksvorsteher Otto MRAZ eröffnet. (Schluß) gab/bs

Wiener Landtag

Änderung der Geschäftsordnung

Wien, 3.9. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz seines Präsidenten Günther SALLABERGER (SPÖ) trat der Wiener Landtag am Donnerstag zu einer Sitzung zusammen.

StR. Friederike SEIDL (SPÖ) beantragte eine Änderung der Gemeindevahlordnung sowie eine Änderung der Geschäftsordnung des Landtages. Die Novelle zur Wiener Gemeindevahlordnung ermöglicht die Erhöhung der in den einzelnen Bezirken zu wählenden Mitglieder der Bezirksvertretung auf — je nach Einwohnerzahl — höchstens 60.

Der zweite Antrag sieht vor, daß künftig Mitglieder der Volksanwaltschaft ein Teilnahme- und Rederecht an Sitzungen des Landtages eingeräumt wird.

LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) kritisierte, daß der Grundsatz, daß jede Stimme gleiches Gewicht haben solle, in Wien nicht zutreffe. Trotz Versprechungen sei es in dieser Legislaturperiode zu keiner Wahlrechtsreform gekommen. Der Antrag ändere nichts an der bestehenden Ungerechtigkeit.

StR. Prof. WELAN (ÖVP) lehnte für seine Partei die Novellierung der Gemeindevahlordnung in dieser Form ab. Seine Partei sei grundsätzlich für direkte Demokratie und eine Verbesserung der Bürgerrechte. Wien müsse vom Schlußlicht zu einem Motor der Demokratie werden. Er forderte mehr Demokratieverständnis, jeder Tag solle ein Tag der offenen Tür werden.

LABg. Mag. ZIMA (SPÖ) sagte, in den vergangenen viereinhalb Jahren hätte man bei der Verfassungsweiterentwicklung viel erreicht. Als Beispiele nannte er Dezentralisierung, Übertragung von Kompetenzen an Bezirke sowie eigene Bezirksbudgets. Dies alles bedeute ein höheres Maß an Bürgermitbestimmung, und man werde alles tun, um dieses politische Kind zum Blühen und zum Gedeihen zu bringen. Der ÖVP warf er bei den gescheiterten Verhandlungen „populistische Forderungen“ vor, sie sei weder von ihren Forderungen abgerückt noch auf Sachargumente eingegangen. Zum Wunsch nach einer Wahlrechtsreform sprach er sich grundsätzlich positiv aus, dies könne jedoch nicht so knapp vor Neuwahlen geschehen.

ABSTIMMUNG: Die Änderung der Gemeindevahlordnung wurde mit den Stimmen der SPÖ beschlossen. Die Änderung der Geschäftsordnung, die der Volksanwaltschaft ein Teilnahmerecht einräumt, wurde einstimmig beschlossen.

Änderung des Vergnügungssteuergesetzes

Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR (SPÖ) beantragte eine Änderung des Vergnügungssteuergesetzes. Es bringt eine neue Rechtslage, weil nun die Steuergegenstände taxativ aufgezählt werden. Die Besteuerung von Kinos wird neu gefaßt.

LABg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) kritisierte, daß auch in der Neufassung jene Bestimmung enthalten sei, wonach Lokalbesitzer für die im Betrieb aufgestellten Automaten als Steuer-Solidarschuldner auftreten müssen, und dies auch dann, wenn sie von der Steuerschuld des Automatenaufstellers nichts wissen. Er brachte einen ABÄNDERUNGSANTRAG ein, wonach diese Haftung nur dann zum Tragen kommen soll, wenn dem Lokalbesitzer die Steuerschuld durch den Automatenaufsteller innerhalb von drei Monaten zur Kenntnis gebracht wird.

In seinem Schlußwort erläuterte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR, daß der von Hirnschall eingebrachte Abänderungsantrag mißverständ-

liche Deutungen zulassen könnte. Außerdem sei die Steuerschuld ein maßgebliches Indiz für die Liquidität eines Betriebes, und man dürfe daher das Steuergeheimnis nicht leichtfertig durchlöchern. Abgesehen davon gebe es einen Beschluß des Finanzausschusses, wonach der Magistrat den Entwurf einer geeigneten Änderung auszuarbeiten habe, und dies solle abgewartet werden.

ABSTIMMUNG: Der Abänderungsantrag wurde einstimmig zugewiesen, das Gesetz selbst in 1. und 2. Lesung einstimmig angenommen.

Änderung des Gebrauchsabgabegesetzes

Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR beantragte eine Änderung des Gebrauchsabgabegesetzes, die aufgrund eines Verwaltungsgerichtshofserkenntnisses notwendig geworden sei, um die ordnungspolitische Funktion des Magistrats für die Entfernung von Fahrzeugen aufrecht zu erhalten, die ohne Kennzeichen auf öffentlichem Grund abgestellt werden.

ABSTIMMUNG: In 1. und 2. Lesung einstimmig angenommen.

Schlußwort Sallaberger

Da sich der Wiener Landtag mit dem heutigen Tage auflöst, dankte Landtagspräsident Sallaberger für die im wesentlichen gute Zusammenarbeit im Landtag. Die engagierte Beteiligung an der Fragestunde bedeute, daß dieses Instrument der Demokratie ernst genommen wurde. Er hoffe, fügte Sallaberger hinzu, daß der bisher bewiesene Geist der Zusammenarbeit auch nach der nun folgenden Wahlauseinandersetzung weiter gepflegt werde.

Die Sitzung des Landtages endete um 10.15 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 1837

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 3.9. (RK-KOMMUNAL) Die anschließende Sitzung des Gemeinderates wurde mit der Fragestunde eröffnet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Ing. WORM (ÖVP), über die Verantwortung für Kostenerhöhungen und Zeitverzögerungen bei der Sanierung der EBS und der Hauptkläranlage übernehme, sagte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, daß diese Fragestellung auf einer Vermischung von Tatbeständen basiere. Er habe die Verbesserungen in diesen Bereichen entsprechend seiner Regierungserklärung vorangetrieben. Gemäß den Plänen des Erstprojekts für die EBS wird seit Oktober 1986 der gesamte Klärschlamm verbrannt, die Rauchgasreinigung der Drehrohröfen geht in einigen Wochen in Betrieb. Insgesamt sind die weiteren in diesen Bereichen zu treffenden Maßnahmen in Zusammenhang mit der Frage des Donauausbaues und der rasanten technischen Entwicklung auf diesem Gebiet zu sehen. Zusätzliche Kostenfaktoren haben ihren Ursprung zum Teil in der Preissteigerung seit 1985, zum anderen Teil jedoch in zusätzlichen Sicherheitsvorkehrungen auf Grund der Erkenntnisse im Gefolge des Brandes der Spittelau. Außerdem gibt es weitere Verbesserungsvorschläge der Geschäftsführung der EBS. Sollte es ihm notwendig erscheinen, werde er wie in vielen anderen Fällen eine Prüfung der EBS durch das Kontrollamt anordnen, sagte Zilk.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Schritte er als Aufsichtsratsvorsitzender der Wiener Städtischen Versicherung unternommen habe, um kartellähnliche Absprachen bezüglich der Erhöhung der Autohaftpflichtprämien um 9,8 Prozent zu verhindern, sagte Bürgermeister Dr. Helmut ZILK, daß er sich erfolgreich dafür eingesetzt habe, die ursprünglich vorgesehenen Regionaltarife mit höheren Beitragsätzen für die Großstadt Wien und eine Beitragsanhebung über 10 Prozent zu verhindern. Man müsse jedoch die Verlustsituation auf diesem Gebiet berücksichtigen. Sollten diese Verluste jedoch auf Kostenverschiebungen seitens der Versicherungen in diesem Bereich zurückzuführen sein, müsse man die Versicherungsaufsicht mobilisieren.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. Dr. SWOBODA (SPÖ), welche Vorbereitungen er zur Einführung der Mietermitbestimmung im Bereich des kommunalen Wohnbaues in Wien getroffen habe, sagte StR. EDLINGER, daß er entsprechende Vorschläge an die zuständigen Bundesstellen weitergeleitet und Vorschläge von den verschiedenen Mieterorganisationen eingeholt habe. Darüber hinaus habe er die städtische Wohnhäuserverwaltung beauftragt, ein Mietermitbestimmungsstatut auf Basis breitgestreuter Vorschläge auszuarbeiten. Er erwarte sich bereits ab 1988 die Möglichkeit, entsprechende Maßnahmen im Sinne der Dezentralisierung und Demokratisierung für die Mieter städtischer Wohnhäuser treffen zu können.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. GAAL (SPÖ) erklärte StR. EDLINGER (SPÖ), aus den Mitteln des Erhaltungsbeitrages, die 1,2 Milliarden betragen, stünden für die Baurate 1987 rund 650 Millionen aus Förderdarlehen (insgesamt 1,093 Milliarden), eine Baurate 1987 von rund 261 Millionen zur Verfügung. Derzeit werden im Rahmen des Instandhaltungsprogrammes der städtischen Wohnhäuser insgesamt 484 Häuser saniert, was einen aktiven Beitrag zur Belebung der Stadterneuerung bedeute. Für eine Sanierung aus Mitteln des Erhaltungsbeitrages bzw. mit Förderdarlehen nach dem Wohnhaussanierungsgesetz sei die jeweilige Bestandsdauer sowie der Zustand der Wohnhäuser relevant. So würden nach dem Wohnhaussanierungsgesetz jene Häuser wieder hergestellt, die vor allem schlechte Wärmeisolierungen aufwiesen. Edlinger kündigte in

diesem Zusammenhang die Erstellung eines Sanierungsprogrammes für Zwischenkriegsbauten an.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) nach dem Grundstücksverkauf für das neue Haas-Haus erklärte StR. EDLINGER, die Verhandlungen über einen Verkauf — eine kostenlose Übergabe oder ein Verkauf unter dem Wert des Grundstücks komme nicht in Frage — der benötigten 147 Quadratmeter am Stephansplatz seien im Gange. Man habe sich mit dem Quadratmeterpreis von 100.000 Schilling als Verhandlungsbasis an vergleichbaren Objekten orientiert und habe nicht die Absicht, unter dem angemessenen Wert zu verkaufen, da der Baubeginn nicht von dieser Transaktion abhängig sei. Acht Quadratmeter der betreffenden Fläche würden für einen Behindertenaufzug zur U-Bahn-Station Stephansplatz verwendet.

Die Festwochen, erklärte StR. MRKVICKA (SPÖ) auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (ÖVP), wiesen in ihrem Budget 1986 eine Unterdeckung von rund drei Millionen Schilling auf. Über weitere fünf Millionen Schilling stehe man mit dem Theater an der Wien wegen Unklarheiten in der Verrechnung noch in Verhandlung. Es habe laut Auskunft der Festwochen, deren Bilanz noch nicht fertiggestellt sei, keine wesentlichen Veränderungen zum Ausgabenrahmen und zum Budget der Vorjahre gegeben, man werde aber durch Einsparungen im Budget 1988 und durch einen Zuschuß der Stadt Wien die Unterdeckung des Jahres 1987 bereinigen. Die Verlängerung des Vertrages der Festwochenintendantin sei einstimmig akzeptiert worden.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), welche Ergebnisse die Gutachten über die Sanierung des Rinter-Zeltes gebracht haben, sagte StR. BRAUN, daß es zwei Gutachten gibt, die einerseits die Festigkeit der vorhandenen Dacheindeckung des Gebäudes in Frage stellen bzw. die Tragkraft der Verankerungsschrauben der Blecheindeckung in technischer Hinsicht als nicht ausreichend betrachten. Auf Grund dieser Gutachten wurde ein Sanierungskonzept erstellt. Die Frage der Kosten werde noch geprüft.

Zur ACHTEN ANFRAGE von GR. Maria PAUL (SPÖ), ob die die in einem Flugblatt der FPÖ vorgeworfenen „handfesten Eigeninteressen“ im Zusammenhang mit der Verlegung von Gasrohren in der Gartensiedlung Neugebäude tatsächlich bestehen, stellte StR. HATZL klar, das dies nicht der Fall sei. Er kündigte an, die Behauptung „handfeste Eigeninteressen“ nicht auf sich sitzen zu lassen. Er habe bereits einen Anwalt beauftragt, die Klage einzubringen.

Verkauf des Galvani-Schlößls

Nach einer Umreihung der Tagesordnung befaßte sich der Gemeinderat nach der Fragestunde zuerst mit dem Verkauf des Galvani-Schlößls in Floridsdorf. GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) erläuterte dazu, daß es nach der Sanierung Wohnzwecken dienen soll.

GR. PUTZ (ÖVP) meinte, im Zuge der Privatisierungsbemühungen sollte der ins Auge gefaßte Verkauf eigentlich begrüßt werden, doch hier gehe es darum, daß eines der letzten Floridsdorfer Häuser im Barockstil wiederhergestellt und als Kulturzentrum genutzt werden sollte. Daran habe auch der Bezirk Interesse. Die Stadt Wien habe das Galvani-Schlößl verfallen lassen, während der Floridsdorfer Bezirksentwicklungsplan eine kulturelle Nutzung als wünschenswert bezeichnet. Mit seiner Zustimmung zum Verkauf habe sich der Bezirksvorsteher von Floridsdorf über einen Beschluß der Bezirksvertretung hinweggesetzt. Der Kaufvertrag enthalte keine Verpflichtung zur Restaurierung des Gebäudes und Öffnung des umgebenen Parkes für die Öffentlichkeit.

Forts. von Blatt 1839

Forts. auf Blatt 1841

GR. REITER (SPÖ) teilte mit, der Name des Gebäudes laute richtig „Galvani-Stöckl“, und es sei auch kein Barockjuwel, wie dies in der Öffentlichkeit dargestellt worden sei, sondern stamme aus der Zeit der Jahrhundertwende und sei anachronistischer Späthistorismus. An kulturellen Betätigungsmöglichkeiten mangle es in Floridsdorf nicht, wie auch GR. Putz als Obmann des Kulturvereins Floridus wisse. Wohl habe es Interesse für eine Adaptierung des Gebäudes für kulturelle Zwecke gegeben, doch habe niemand die zweistelligen Millionenbeträge dafür aufbringen können. Die schlechte Bausubstanz des Gebäudes sei schließlich ausschlaggebend dafür gewesen, daß von einer Renovierung Abstand genommen wurde, und auch das Bundesdenkmalamt habe festgestellt, daß an der Erhaltung kein öffentliches Interesse besteht. Der nunmehrige Käufer trat als Bestbieter in Erscheinung und hat sich verpflichtet, längstens innerhalb eines Jahres mit der Sanierung zu beginnen, sagte Reiter.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Gebarungsprüfung Gletscherbahnen Kaprun

StR. HATZL beantragte die Kenntnisnahme des Berichtes über das Ergebnis der Gebarungsüberprüfung der Gletscherbahnen Kaprun AG (1979-1984) durch den Rechnungshof sowie der diesbezüglichen Äußerung des Stadtsenates.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) sagte, er sehe generell — abgesehen von den Bemängelungen, die der Rechnungshof bei seiner Überprüfung festgestellt habe — keinen Sinn in derartigen Splitterbeteiligungen der Stadt Wien an verschiedenen Unternehmen. Die Stadt solle sich von den 2,769 Prozent Anteil der Gletscherbahnen Kaprun trennen.

GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) wies darauf hin, daß die Gletscherbahn-Beteiligung eine Teilbeteiligung an den Tauernkraftwerken darstelle. Derartige Beteiligungen seine jedoch im Zuge der sicheren Energieversorgung der Stadt Wien zu sehen. Man könne jedoch durchaus über Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit von Beteiligungen sprechen.

StR. HATZL sagte, er habe die Generaldirektion der Wiener Stadtwerke beauftragt, zu überlegen, wie man sich ohne Verlust von der Beteiligung trennen können.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen.

Flächenwidmung

GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Großenzersdorfer Straße, Pilotengasse im 22. Bezirk. Ziel dieser Flächenumwidmung sei eine Reduktion der Grundfläche für öffentliche Zwecke.

Es sei offensichtlich, sagte GR. DALLER (ÖVP), daß diese Umwidmung der Schaffung einer widmungsmäßigen Voraussetzung für die Errichtung eines Baumarktes diene. Sie sei maßgeschneidert für die Bedürfnisse einer Firma und stelle damit eine einseitige Bevorzugung dar.

Die umzuwidmenden Flächen würden, erklärte GR. KREMNIETZER (SPÖ), für öffentliche Zwecke nicht mehr gebraucht. Trotz der geänderten Eigentumsverhältnisse sei dies jedoch keine Gefälligkeitswidmung. Es sei Aufgabe der Stadt für ein riesiges Siedlungs- und Kleingartengebiet wie Aspern auch die nötige Infrastruktur zu schaffen.

ABSTIMMUNG: mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Forts. von Blatt 1840

Forts. auf Blatt 1842

Verkauf des Palais Grassalkovich

GR. SEVCIK (SPÖ) beantragte den Verkauf des Palais Grassalkovich an die „GESIBA“. GR. HAHN (ÖVP) stellte fest, daß mit dem Verkauf und der Revitalisierung des Palais ein langjähriges Versprechen erfüllt werde. Obwohl das Palais bereits 1975 von der Gemeinde erworben wurde, um den Abbruch zu verhindern, wurde es lediglich als Möbellager benutzt. Mehrere Jahre hindurch wurde die Sanierung versprochen, aber erst jetzt wurde der Verkauf zum Zweck der Revitalisierung nahegelegt. Das Palais Grassalkovich sei aber nur ein typisches Beispiel für die Altstadterhaltung, wo Verzögerungen das Geld des Steuerzahlers kosten.

2. Landtagspräsident Fritz HAHN hielt damit seine letzte Rede im Gemeinderat, es war bisher seine 161. Rede seit 1959, seit er dem Wiener Gemeinderat und Landtag angehört.

StR. EDLINGER (SPÖ) stellte in einer persönlichen Bemerkung fest, daß die Arbeit von GR. Hahn stets vom Bemühen um Sachlichkeit und durch persönlichen Anstand gekennzeichnet war. Das Ausscheiden Hahns sei ein Verlust für den Gemeinderat.

Zum Palais Grassalkovich bemerkte Edlinger, daß das Gebäude deswegen rasch erworben wurde, um es vor dem Abbruch, dem 1962 das damalige Unterrichtsministerium zugestimmt hatte, zu retten. Um den finanziellen Spielraum der Stadt allerdings nicht zu sehr zu verengen, wird die Gesiba das Objekt erwerben und mustergültig revitalisieren.

Bürgermeister Dr. ZILK sagte, daß Präsident Hahn eine Persönlichkeit sei, die Maßgebliches zur Nachkriegsgeschichte beigetragen habe. Der Gemeinderat sei eine besondere Gemeinschaft, in der es neben Wortduellen und Gegensätzlichkeiten immer wieder das „gemeinsame Tun für das geliebte Wien“ gebe. Hahn sei ein „harter Fighter und großartiger Fachmann“ gewesen. Er habe stets die Würde des Hauses vertreten und habe immer Charme und Humor gezeigt.

Der Gemeinderat verabschiedete Hahn mit langanhaltendem Beifall.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen.

Deponiegebühren

GR. NUSSBAUM (SPÖ) beantragte eine Änderung der Deponiegebühren.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte, daß die Gebühr mittels Notverordnungsparagraph nachträglich erhöht werden soll. Dieser Antrag bedeute den vorläufigen Schlußpunkt eines fehlenden Entsorgungskonzeptes und eine Bankrotterklärung im Entsorgungsbereich.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) sagte, daß jeder Nachteil auch etwas Gutes hätte und man nach dem Brand der Müllverbrennungsanlage Spittelau entsprechende Konsequenzen hätte ziehen können. Doch nichts sei geschehen. Es sei nicht versucht worden, ein Müllkonzept zu erstellen. Was den verantwortlichen Politikern einzig und allein eingefallen sei, sei eine Erhöhung der Deponiegebühren. Dr. Hawlik kritisierte den Vorschlag eines Sondermüllzwischenlagers in Leopoldau sowie angelegte Pläne für eine dritte Müllverbrennungsanlage. Die Müllsituation in Wien sei deprimierend.

StR. BRAUN (SPÖ) erklärte, daß von den beiden Oppositionsparteien demagogisch argumentiert werde. Es soll der Eindruck entstehen, daß auf die Bevölkerung eine Belastung zukomme, und man vergesse ganz, wie billig die Deponiekosten auf Wiens einziger Mülldeponie am Rautenweg seien. Wien sei das einzige Bundesland, in dem 1986 eine geringere Menge Müll als im Vorjahr angefallen sei, und auch für 1987 könne man ein positives Resultat erwarten. Wenn auch noch nicht alle Fragen in Zusammenhang mit der Müllentsorgung gelöst seien, könne gerade in Wien von

Forts. von Blatt 1841

Forts. auf Blatt 1843

einem Mülldebakel keine Rede sein.

StR. HATZL (SPÖ) sagte, daß die Kosten für die Reparaturarbeiten in der Spittelau nicht 400 bis 500 Millionen Schilling betragen werden und von der Versicherung gedeckt sind. Es werde im kommenden Winter zu keiner Erhöhung des Fernwärmepreises kommen. Zur Überlegung eines Sondermüllzwischenlagers in Leopoldau, sagte er, man müsse jede Möglichkeit der Entsorgung von Müll durchdiskutieren.

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) erinnerte daran, daß die Stadt Wien die Deponiekosten lange Zeit nicht erhöht habe, obwohl das Angebot von Mülldeponien sinke und die Nachfrage etwa gleich bleibe.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Darlehen für EBS

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) beantragte für den Magistrat die Ermächtigung, die Haftung für einen Kredit zu übernehmen, der von den EBS beim Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds zur teilweisen Finanzierung der Errichtung einer Versuchsanlage für die Klärschlammmentwässerung sowie für die Ertüchtigung der Hauptkläranlage aufgenommen werden soll. Die Kreditsumme beträgt 120 Millionen Schilling.

GR. Ing. WORM (ÖVP) meinte, daß bei einem Projekt, das seit 1980 in Betrieb ist, nun eine Pilotanlage errichtet werden soll. Dies sei als Sanierungsprojekt einzustufen. Dem Kontrollamt habe man die Gebarungsprüfung bei den EBS unmöglich gemacht, und wenn schon die Mehrheit im Kontrollausschuß dem Antrag der ÖVP auf Prüfung entgegentrat, hätte doch der Bürgermeister eine entsprechende Kontrolle initiieren können. Bei vorgelegten Unterlagen über die nun entstehenden Kosten seien falsche Zahlen verwendet worden, und es sei eine Kostenexplosion ferstzustellen.

GR. EDER (SPÖ) sagte, daß die begleitende wissenschaftliche Prüfung bei den EBS durch hochrangige Experten erfolge. GR. Worm verschließe sich der Tatsache, daß laufend Anpassungen an den letzten Stand der Technik vorgenommen werden. Die Hauptkläranlage funktioniere deutlich besser als vorgeschrieben, die Sonderabfallbeseitigung funktioniere ordnungsgemäß, ebenso die Sonderabfallübernahme, und es gebe auch keine Deponien für Sonderabfälle, da angelieferter Sonderabfall laufend abgearbeitet werde. Die EBS seien die einzige funktionierende Sonderabfallbehandlungsanlage in ganz Österreich. Bei der Rauchgasreinigung habe es eine Verzögerung deshalb gegeben, weil Pläne geändert wurden, um in der Spittelau gewonnene Erkenntnisse zu nutzen.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Subvention Stadtkino

GR. Christine SCHIRMER (SPÖ) beantragte Subventionen für verschiedene Einrichtungen und Vereinigungen in der Gesamthöhe von 5,6 Millionen Schilling, darunter auch eine Subvention für das Wiener Stadtkino in der Höhe von 400.000 Schilling. Auf Wunsch der ÖVP beantragte Schirmer für diesen Punkt die getrennte Abstimmung.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) sagte, daß das Stadtkino entgegen den ursprünglichen Prognosen laufend Subventionen benötige, die man besser der Filmförderung zuführen oder für Aufführungsprämien in anderen Kinos verwenden sollte. Während das Stadtkino jedoch trotz geringer Auslastung weiterhin unterstützt werde, habe man einem verdienstvoll arbeitenden Verein wie „Wien International“ die Subvention gestrichen.

GR. SCHIRMER entgegnete in ihrem Schlußwort, daß das Stadtkino eine wichtige, vom filminteressierten Publikum gut frequentierte und von den Medien sehr positiv eingeschätzte kulturelle Einrichtung sei. Die Besucher-

Forts. von Blatt 1842

Forts. auf Blatt 1844

zahl im Stadtkino dürfte heuer wieder über 60.000 hinausgehen, der Zuschußbedarf sei dank der erfolgreichen Tätigkeit der Verantwortlichen wesentlich zurückgegangen. Im Sinne der Wiener Filmkultur sei die Förderung des Stadtkinos weiterhin zu unterstützen.

ABSTIMMUNG: Die beantragten Subventionen wurden bis auf die Förderung des Stadtkinos einstimmig angenommen. Die Subvention für das Stadtkino wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

Ausbau Seybelgasse

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) beantragte eine Erhöhung des Sachkredites um 3,9 Millionen Schilling für den Ausbau der Seybelgasse in Liesing. Die Mehrkosten seien deshalb entstanden, weil nun notwendige Kanalarbeiten in die ursprüngliche Kostenschätzung nicht miteinbezogen worden waren.

Der Ausbau der Seybelgasse, der die Zu- und Abfahrt zu Montagehallen der Firma ÖAF Gräf & Stift gewährleiste, sagte GR. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP), sei ein positives Beispiel für Baustellenkoordination. Das Baustellenchaos des letzten Sommers erfordere dagegen ein hartes Vorgehen gegen die beteiligten Dienststellen des Magistrates. Ein besonders abschreckendes Beispiel für überdimensional lange und unkoordinierte Bauarbeiten sei das Lainzer Platzl. Kritik übte Regler auch an der Beschilderung bzw. an der Ankündigung von Umleitungen sowie an verwaisten Baustellen.

Die Baustellenkoordination, wies GR. Ing. Svoboda (SPÖ) auf die 1988 in Kraft tretende Dezentralisierung hin, sei in Zukunft teilweise auch eine Aufgabe der Bezirksvertretung. Es gebe in Wien, außer bei dringend nötigen Bauarbeiten, eine „Aufgrabungssperre“, wenn kurz vorher Bauarbeiten durchgeführt worden waren.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen.

Jahresbericht der Wiener Städtischen Versicherung

GR. Dr. Swoboda stellte den Antrag, den Jahresbericht und den Jahresabschluß des Konzerns der Wiener Städtischen Wechselseitigen Versicherungsanstalt für das Jahr 1986 zur Kenntnis zu nehmen.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) kritisierte, daß der freie Wettbewerb der Versicherungsgesellschaften nicht stattfindet und „ein Prämienkartell die Antwort auf den Finanzminister“ sei. Hirnschall bezweifelte die Richtigkeit der Verluste im Kfz-Versicherungsbereich. Prämieinnahmen in der Höhe von 1,39 Milliarden Schilling stehen Ausgaben für Schadensleistungen in der Höhe von 1,09 Milliarden Schilling gegenüber. Bemerkenswert seien die hohen Verwaltungskosten von 467 Millionen Schilling. Weil auch die Arbeiterkammer von verbotener Kartellbildung spreche und eine Anzeige drohe, stimme die FPÖ diesmal aus Protest dem Antrag nicht zu.

Bürgermeister Dr. ZILK stellte fest, daß die Wiener Städtische die einzige Versicherung war, die eine Prämienhöhung unter 10 Prozent verlangt hatte und dadurch andere Gesellschaften zum Nachziehen zwang. Der Finanzminister veranlaßte dennoch eine Untersuchung der Vorwürfe, doch dürfe man nicht leichtfertig den Beamten der Versicherungsaufsicht ihre Sorgfalt und Kompetenz absprechen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde gegen die Stimmen der FPÖ angenommen.

Damit war die 1. Sitzung des Gemeinderates um 15.20 Uhr beendet. Nach Sitzungen des Gemeinderatsausschusses für Personal, Rechtsangelegenheiten und Konsumentenschutz sowie des Stadtsenates tritt der Gemeinderat zu einer 2. Sitzung zusammen.

Forts. von Blatt 1843

Forts. auf Blatt 1845

2. Sitzung: Auflösung des Gemeinderates, Neuwahl am 8. November

Um 15.55 Uhr begann die zweite Gemeinderatssitzung. Ihreinziger Tagesordnungspunkt war die Auflösung des Gemeinderates vor Ende der Wahlperiode und die Festsetzung des Wahltermines 8. November durch den Bürgermeister.

StR. Friederike SEIDL (SPÖ) stellte den entsprechen Antrag aufgrund der Wiener Stadtverfassung bzw. der Gemeindewahlordnung.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) erklärte, der Auflösungsbeschluß sei über Initiative des Wiener ÖVP-Obmannes Dr. Busek zustande gekommen, der den SPÖ-Vorsitzenden Gratz von einer vorzeitigen Beendigung der Wahlperiode überzeugen konnte. Dies sei der sichtbarste „Erfolg“ der ÖVP in den letzten vier Jahren gewesen. International sei die Begründung für diesen Beschluß — nämlich die Gedenktage für den Anschluß vor 50 Jahren im März 1988 — verheerend gewesen. Immerhin hätte es auch handfestere Gründe gegeben, als die Gefahr wechselseitiger Entgleisungen vorzuschieben. Ehrlicher wäre es gewesen, der Bevölkerung zu sagen, daß man jetzt die Gelegenheit sieht, möglichst gut abzuschneiden. Daß bekannte Themen den Wahlkampf beherrschen werden, liege daran, daß zahlreiche bekannte Probleme noch immer ungelöst seien.

GR. Dr. GOLLER (ÖVP) meinte, es sei nicht sehr demokratisch, daß der Gemeinderat den Bürgermeister ersuchen muß, Neuwahlen auszusprechen. In anderen Städten komme diese Aufgabe beispielsweise dem Stadtsenat zu. Was die Erinnerungstage im März 1988 betrifft, müsse man den Eindruck haben, daß es manche gibt, die eine Polarisierung der Bevölkerung gerne sähen. Die sei beschämend und verheerend. Der Vorsitzende der Bundes-FPÖ bezeichne die Gedenktage gar als Jubiläum. Die Wahl werde vorverlegt, weil der Bürgermeister zur Einsicht gekommen sei, daß er in dieser Wahlperiode wichtige Versprechungen nicht einhalten konnte. Goller trat für eine Intensivierung der Privatisierung und mehr Demokratie ein und fomulierte, weil die Bürger eine bessere Politik verdienen, stimme die ÖVP dem Auflösungs- und Neuwahlantrag zu.

GR. Dr. SWOBODA (SPÖ) nannte neben einem kurzen Wahlkampf, der sich dann auch nicht in den März 1988 erstrecken könne, die Erfüllung des Arbeitsprogrammes der Bürgermeister Gratz und Zilk als Gründe für die Vorverlegung der Wahlen. Der Opposition warf Swoboda vor, in verschiedenen Bereichen Lippenbekenntnisse abzugeben, denen das tatsächliche politische Handeln widerspreche. Das gelte für die Umweltpolitik, für den Vorrang des öffentlichen Verkehrs, für die Aufwertung des Donauraumes, für die Freiheit der Kunst, für die Vielfalt der Architektur, für die Reduzierung der Akut-Betten in den Spitälern und für die Mietermitbestimmung. Die SPÖ werde diese Tatsache im Wahlkampf kritisieren, primär jedoch im Wahlkampf auf ihre Leistungen verweisen und Vorschläge für die Zukunft bringen. Swoboda sprach sich für einen fairen und anständigen Wahlkampf aus. Nicht zuletzt solle dadurch eine gute Form der politischen Auseinandersetzung nach den Wahlen gewährleistet werden, eine Auseinandersetzung die offener, konstruktiver und für die Zuhörer attraktiver werden und damit auch die Jugend der Stadt ansprechen sollte.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Schlußwort

In seinem Schlußwort führte der Vorsitzende GR. LUSTIG (SPÖ) aus, daß in der abgelaufenen Wahlperiode 54 Sitzungen stattgefunden haben und dabei ca. 4.800 Geschäftsstücke beschlossen worden sind. Lustig schloß daran den Dank an die Mitglieder des Stadtsenates und des Gemeinderates sowie an die Beamten an.

Der Gemeinderat schloß um 16.25 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 1844